

### **3. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 02.07.2018**

**Beginn: 19:04 Uhr – UL 6 – HS 2097**

**Ende: 00:23 Uhr**

*Abstimmungsergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen*

Abkürzungen der Listennamen, so weit diese nicht selbst von der Liste verwendet werden (z.B. Jusos): PoS Power of Science, Eu3T Ewig und 3 Tage, BuT Bildung und Transparenz, LGV LinksGrünVersifft, SHL Säkulare-Humanistische Liste, LHG Liberale Hochschulgruppe, StupaProg StuPa Progressiv, LiLi Linke Liste, LuSt Liste unabhängiger Studierender  
Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a625>

#### **1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung**

##### **1.1 Begrüßung**

Das Präsidium begrüßt die Anwesenden.

##### **1.3 Beschluss der Tagesordnung**

Laura (Präsidium): es gab einen Fehler mit der Amtszeit des Referats für Antifaschismus, da läuft die Amtszeit noch bis Oktober. Daher wurde der TOP gestrichen. Außerdem wurde TOP 5.9 Streikschlichtung von den Antragstellenden (LHG) zurückgezogen.

Martin (Öffref): stellt einen dringenden Antrag von einigen Referaten des RefRats zum Thema Institut für Islamische Theologie vor, bittet um Aufnahme auf die TO vor TOP 5.1.

Nick (BuT): findet den TOP 5.1 Beitragsänderung wichtiger, schlägt Einsortieren des neuen TOPs in der Mitte vor.

*- Keine Gegenrede, Tagesordnung geändert: neuer TOP 5.10 wird nach TOP 5.1 behandelt. Tagesordnung angenommen -*

#### **2. Bestätigung des Protokolls der 2. Sitzung (26. StuPa) vom 30.05.2018 und der Fortsetzung am 21.06.2018**

Laura (Präsidium): zwei Änderungen wurden eingearbeitet. Bittet darum, umfangreicherer Änderungen zum Protokoll vorab per Email zu schicken.

*- Protokoll vom 30.05.2018 und vom 21.06.2018 mit den genannten Änderungen per Akklamation angenommen -*

#### **3 Mitteilungen und Berichte**

##### **3.1 Präsidium**

Laura (Präsidium): wenn es Fragen zur Anwendung und Auslegung der Satzung und Geschäftsordnung gibt, spricht das Präsidium bitte direkt an, damit es nicht im Hintergrund Debatten gibt, wenn manche eine andere Meinung zu bestimmten Punkten haben. Bei Meinungsverschiedenheiten können wir es mit juristischem Sachverstand klären lassen.

Feline (Präsidium): das Präsidium reagiert auf bekannt gewordene Vorwürfe zur Länge von

Amtszeiten von Referent\_innen und achtet verstärkt darauf, dass mögliche Amtszeiten nicht überschritten werden.

Laura (Präsidium): Kommentar zum ersten Termin der zweiten Sitzung des StuPa, es wird darum gebeten, nicht in großer Anzahl auf das Präsidium einzureden, sondern sachlich und ruhig zu bleiben.

Constantin (LGV): zum Thema Amtszeiten, dazu tagt ja morgen die AG des StuPa. Was hat das Präsidium vor zu tun?

Laura (Präsidium): da im Zweifelsfall das StuPa selbst aufpassen muss, wer gewählt wird, prüft das Präsidium verstärkt nach, was die Länge der Amtszeiten von Kandidat\_innen für Referate betrifft.

Präsidium: Organisatorischer Hinweis, dass in StuPa-Sitzungen nicht gefilmt werden darf.

### **3.2 RefRat**

Berichte werden mündlich vorgetragen: Öffentlichkeitsreferat, Studieren mit Kind(ern), Finanzen, Lehre und Studium, Hochschulpolitik, LGBTI

Martin (Öffref) verliest weitere Berichte.

Finanzen: Abrechnungen, Personalverwaltung (Stellenausschreibungen, Vertragsänderungen), Vorbereitung Beitragsänderung, der RefRat hat auf den UnAuf-Artikel reagiert und die Stellungnahme wird diese Woche veröffentlicht, Beantwortung einer neuen Anfrage aus dem Abgeordnetenhaus und Verwunderung über den Umgang der Rechtsabteilung der HU mit den bereits versandten Antworten

Lehre und Studium: Beratungen durchgeführt Hochschulrechtsberatung, Vorbereitung und Teilnahme Sitzungen der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senat (AS), AG Erhöhung der Erfolgsquote, Treffen mit Bildung und Transparenz zwecks Antragsvorbereitung, Treffen zum Thema Lehrkräftebildung zusammen mit FSI Lehramt + Nachbereitung, Treffen mit Studienabteilung wegen vorläufiger Master-Zulassung, StuPa-Bewerbung

Hopo: Beteiligung an Gremien (LSK, EPK, AS), im AS gab es ein Statusgruppenveto zur Einrichtung des Instituts für Islamische Theologie, Unterstützung des Streiks der Studentischen Beschäftigten, Durchführung einer studentischen Vollversammlung, AG Demokratische Hochschulen

PM: Veranstaltung zu trans\*gerechter Hochschule am 5. Juli, Vernetzungsarbeit in dem Bereich.

LGBTI: - aktive Teilnahme beim Bundestreffen der schwulen, schwul-lesbischen und queeren Hochschulreferate in der Akademie Waldschlösschen bei Göttingen: Workshops und Rahmenprogramm, Antragsbetreuung, Organisation eines perversen Sekttresens in der Sowifachschaft, Mitorganisation eines Tunten\*Drag\*Workshops, voraussichtl. 19.7.

Antira: Beratung, Vernetzungstreffen, Veranstaltungen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung, ADB Koordination.

Antifa: Maiwoche, Arbeit zum Islaminstitut, Beratung, Vernetzung

Öff: Vorbereitung StudKal, Abschaltung HU-an-Studis, Raumanträge, Pressearbeit

FaKo: Einarbeitung ins Referat, Durchführung FRIV mit Frau Prof. Kunst und Frau Prof. Obergfell, Vorbereitung FRIV am Mittwoch (4.7.)

Queer\_Fem: Betreuung der Antidiskriminierungsberatung, Betreuung von Anträgen, Arbeit zu der Lage von trans Personen an der Hochschule weiterhin im Vordergrund: • Vorbereitung der Informationsveranstaltung vom 05. Juli 2018 zu trans\*inter\*nicht-binären Personen an der Hochschule und anschließendem Vernetzungstreffen zur Planung der Aktionswoche im November 2018 • nächstes Präsidiumsgespräch am 18. Juli • Landeskongress der Rektor\_innen und Präsident\_innen der Berliner Hochschulen richtet eine Arbeitsgruppe zum Thema „Trans-Personen - rechtssicherer Umgang an Hochschulen?“ zwischen FU, HU, TU, UdK und dem Land ein, studentische Vertreter\_innen (HU) wurden benannt, 1. Treffen der AG am 09. August 2018

### **3.3 Weitere Berichte**

Katya (IYSSE): zur Sitzung der AG morgen. In den letzten Sitzungen hat die IYSSE gezeigt, dass die dazugehörigen Anträge und auch die AG dazu dient, die Agenda der AfD zu unterstützen. Die UnAuf, die diese Agenda mit betrieben hat, bezeichnet in dem Zuge die AG auch als Untersuchungsausschuss. Von den Studierenden weiß kaum jemand von der AG. Dieses Gremium hat keine Autorität, die Debatten dort sollten eigentlich im StuPa stattfinden. Ruft alle StuPa-Mitglieder dazu auf, die AG zu boykottieren und hier zu diskutieren.

David (StuPa Progressiv): hat eine Nachfrage. Im letzten StuPa-Protokoll wird genannt, dass die Problematik an sich besprochen werden soll. Bittet die IYSSE darum, dann dazu einen eigenen Antrag einzubringen, damit anhand dessen diskutiert werden kann.

Sven (IYSSE): Die in der Debatte zu Problemen aufgebauchten Punkte sollen eine Stimmung schaffen, die aussagt, dass die studentischen Gremien seit Jahren links seien, und dass das geändert werden sollte. Die eigentlichen Vorwürfe sind geklärt und innerhalb der Studierendenschaft zu lösen. Die Wahlbeteiligung ist Aufgabe sämtlicher Liste. Die AfD hat kein Recht, sich in die Angelegenheiten der Studierendenschaft einzumischen.

David (RCDS): will verurteilen, dass die Liste IYSSE die Hälfte des Parlaments mit der AfD gleichstellt. Bezeichnet die Öffentlichkeitsarbeit der IYSSE als Einschüchterung. Um Kritik zu äußern, sollte das StuPa genutzt werden.

### **4. Wahlen und Bestätigungen**

Es bildet sich eine Wahlkommission: Martin (LiLi), Nick (BuT), Tobi (BuT)

Laura (Präsidium) erklärt das Verfahren: bei 4.1 wird nur ein Name auf den Stimmzettel geschrieben und dann angekreuzt.

#### **4.1 Referat für Lehre und Studium**

Jule stellt sich vor. Die Bewerbung wurde verschickt, Jule fasst sie nochmals kurz zusammen. Möchte gern weitermachen, da die Referatsarbeit Spaß macht und es noch viel zu tun gibt.

- *Auszählung: Jule ist gewählt (44 ja / 3 nein / 1 Enthaltung) bei einem Quorum von 25, nimmt die Wahl an -*

#### **4.2 Referat für Studieren mit Kind(ern)**

Feline (Stuki) berichtet: wurde von der Eltern-Vollversammlung am 27.06. gewählt und bittet um Bestätigung der Wahl.

Laura (Präsidium): erläutert, dass es hier die Wahl bereits gab und das StuPa daher nur mit einfacher Abstimmung bestätigt

- *Abstimmung: viele / 0 / 0. Feline ist als Stuki-Referentin bestätigt -*

### **4.3 Referat für Ökologie und Umweltschutz**

Tim stellt sich vor, fasst Bewerbung kurz zusammen. War schon mal im StuPa und hat Lust auf Hochschulpolitik. Hat selbst zwei Semester Ökologie und Umweltplanung an der TU studiert und interessiert sich für das Thema, sieht aber naturwissenschaftliche Lösungen nicht als einzige Antwort.

- *Auszählung: Tim ist gewählt (41 ja / 5 nein / 2 Enthaltung) bei einem Quorum von 25, nimmt die Wahl an -*

### **4.4 Referat für Öffentlichkeitsarbeit**

Martin (Öffref): bittet um kommissarische Verlängerung für sich, da Co-Referentin nicht weitermacht und jetzt gerade eine schlechte Zeit wäre, um das Öffref hängen zu lassen. Derzeit geht es um den StudKal und den Umzug der Krähe (SBZ Krähenfuß) in den Container in der Geschwister-Scholl-Straße. Momentan macht die Universität Schwierigkeiten, die in der Monbijoustraße 2b eingelagerten Möbel der Krähe mit einem Umzugsunternehmen abzuholen. Weiterhin muss eine Nachfolge für den Verteiler hu-an-studis gefunden werden.

Dominik (LHG): schlägt vor, dass doch jetzt ein guter Zeitpunkt zum Einarbeiten einer neuer Person wäre.

Martin (Öffref): dafür ist die vorlesungsfreie Zeit schwierig, da im Sommer selten zwei Leute zur gleichen Zeit genug Zeit für die Einarbeitung haben. Im Herbst macht sich das besser. Zur Zeit des StudKals lässt sich schwer in die anderen Sachen einarbeiten. Es geht beim Einarbeiten auch um das Vorstellen neuer Referent\_innen gegenüber den Mitarbeiter\_innen in der Verwaltung der Universität.

Niklas (PoS): bittet um Erläuterung möglicher Nachfolgen für hu-an-studis und Kommentar zur Länge von Amtszeiten im RefRat allgemein.

Martin (Öffref): es gibt viele verschiedene Ideen vom Neu-Eintragen in den Verteiler bis zum Aufbau einer neuen Struktur. Alternativ bleibt im Moment nur das Schreiben von Briefen für so etwas wie Bekanntmachungen von StuPa-Wahlen. Von wegen Amtszeiten gibt es keine Probleme und er geht auch nicht wegen der Debatte aus der UnAuf.

David (StuPa Progressiv): zum Krähenumzug könnte doch das StuPa in Vorleistung für die Kosten des Umzugs gehen und sich das Geld von der Uni erstatten lassen. Fragt, ob jetzt noch ein Antrag zur heutigen Tagesordnung gestellt werden kann.

Laura (Präsidium): da die Tagesordnung bereits beschlossen wurde, können keine neuen Anträge gestellt werden.

Martin (Öffref): die Kosten könnte auch der RefRat übernehmen, das muss nicht ins StuPa. Bedankt sich für den Vorschlag, aber es wird voraussichtlich nicht nötig werden.

*Redeliste geschlossen wegen Quotierung.*

*Johannes (BuT): GO-Antrag zur Öffnung der Redeliste. Formale Gegenrede.*

*Abstimmung GO-Antrag zur Öffnung: 24 / 18 / 10. Redeliste ist wieder geöffnet.*

Johannes (BuT): fragt Martin, wie es gekommen ist, dass nur er im Referat die Verlängerung beantragt.

Martin (Öffref): Co-Referentin steht leider nicht mehr zur Verfügung. Wiederwahl allein als Hauptreferent würde nur verursachen, dass im Oktober neu gewählt werden muss, wenn er

voraussichtlich aufhören will. Empfiehlt sehr, zwei Leute in das Referat zu wählen.

Niklas (PoS): fragt, ob es Interessenten für das Amt gibt. Findet es besser, Interessierte zu wählen, statt noch kommissarisch zu verlängern. Die Einarbeitung zieht sich dann eben. Kann aber nachvollziehen, dass mangels Bewerber\_innen die kommissarische Verlängerung beantragt wird.

Tobi (LiLi): fragt das Präsidium, wie viele Bewerbungen eingegangen sind, es sind keine. Daher muss das bisherige Referat verlängert werden, da das Referat für Öffentlichkeitsarbeit besetzt sein muss. In Reaktion auf Artikel in der UnAuf eine kleine Ausführung zum Umgang mit kommissarischen Verlängerungen im StuPa. Im Unterschied zum Bundestag wird hier im StuPa ja auf expliziten Beschluss eine kommissarische Verlängerung beschlossen, es ist kein Automatismus wie in der Bundespolitik.

Martin (Öffref): unabhängig von der Debatte um Verlängerung. Es gibt derzeit auch Komplikationen des Status der Immatrikulation der beiden möglichen Kandidat\_innen, daher ist die kommissarische Verlängerung jetzt und Neuwahl im Oktober die beste Option.

*Redeliste geschlossen wegen Quotierung.*

*- Abstimmung: viele / wenige / wenige. Martin ist kommissarisch verlängert. -*

*- Pause 20:15 bis 20:28 -*

## **5 Anträge**

### **5.1 Finref: Beitragsänderung (Zweite Lesung)**

João (Finanzreferat): ausführliche Erläuterungen vor allem zum Haushalt generell gab es ja auf der letzten Sitzung am 21.06. Hat eine Änderung zum Antrag, da der nun vorgeschlagene Tarifabschluss für den Studentischen Tarifvertrag (TV Stud) vorsieht, bis 2022 auf 12,96 Euro pro zu gehen. Damit wird der Antrag auf 9,75 Euro geändert (vorher 9,90), da sich unter Berücksichtigung der Änderung des Stundenlohns eine Steigerung von 1,15 Euro ergibt.

Kim (PoS): es gibt ja einen weiteren Antrag auf Einrichtung einer Stelle, wurde das berücksichtigt?

João (Finanzreferat): das wurde nicht separat berechnet und ist aufgrund der Höhe nicht nötig.

Dominik (LHG): hat mehrere Fragen und Vorschläge. Hat sich mit dem Finanzreferat getroffen und sich alles erklären lassen, hat nun einen Überblick. Fragt, warum der Stundenlohn von 12,96 Euro bereits jetzt berücksichtigt werden soll, wenn das erst 2022 erreicht wird. Hat den Haushalt durchgesehen und die Aufwandsentschädigung für das StuPa-Präsidium schon gefunden, sieht daher nicht, dass das extra für eine Beitragsänderung berechnet werden muss. Hat einen Änderungsantrag zur Erhöhung des Beitrags um 1,00 Euro auf 9,50 Euro Beitrag. Sieht Einsparungspotenzial bzw. schlägt Selbstbeschränkung des StuPa vor.

João (Finanzreferat): erläutert zu den 12,96 Euro erneut, das wurde auf der letzten Sitzung erklärt. Die Änderung des Beitrags ist nicht sofort, sondern greift erst zum Sommersemester 2019, und funktioniert nicht automatisch, weil die Uni das genehmigen muss. Daher steht das Geld erst später zur Verfügung im Vergleich zum Zeitpunkt 1. Juli 2019, ab dem die Lohnsteigerung beginnt. Hält es nicht für sinnvoll, die Ausgaben und Beschlüsse freiwillig zu beschränken, zum Beispiel die Budgets der Fachschaften. Das ließe sich auch schwer kommunizieren, da Stupa und alle Fachschaften autonom sind und ihr Budget frei verwenden

können, womit sie die wichtige Arbeit machen, die sie machen. Wir als StuPa sollten die gesamte Studierendenschaft in die Lage versetzen, ihre Dinge tun zu können.

David (RCDS): möchte darauf aufmerksam machen, dass das Studium im Allgemeinen teurer wird. Die Beiträge für das Semesterticket werden erhöht, der Beitrag Studierendenwerk wird erhöht, nun soll auch der Beitrag zur Studierendenschaft steigen. Es ist zwar kein großer Betrag, aber es stellt eine Hürde für Studieninteressierte dar. Alle sollten daran denken, dass Studierende kein großes Budget haben.

João (Finanzreferat): es ist uns bewusst. Eine Begründung der Beitragsänderung ist ja gerade die Beratung zur Studienfinanzierung für Studierende, das heißt, es ist Politik im Sinne der Studierenden. Zwei der Stellen, aus denen sich die Beitragsänderung berechnet, sind für die Beratung für BAföG und Studienfinanzierung, außerdem ist Geld für die Beratung zu Mietrecht vorgesehen. Es ist wichtig, dass Studierende die Möglichkeit haben, sich beraten zu lassen.

*Redeliste geschlossen wegen Quotierung.*

*- Abstimmung über den Änderungsantrag Erhöhung auf 9,50 Euro: wenige / viele / wenige. Änderungsantrag abgelehnt. -*

*- Abstimmung über den Antrag (Änderung des Beitrags auf 9,75 Euro): sehr viele / wenige / wenige. Antrag angenommen. -*

*Das StudentInnenparlament ändert die Beitragsordnung der StudentInnenschaft der HU Berlin folgendermaßen.*

#### **§ 4 Beitragshöhe**

*(1) Ab dem Sommersemester 2019 beträgt die Beitragshöhe 9,75 €.*

### **5.2 BuT: SHK-Stelle Lehramt**

Nick (BuT) stellt den Antrag vor, unterstützt von den Referaten Lehre und Studium, Fachschaftscoordination, Finanzreferat.

Julia (BuT): vertritt hier heute die Fachschaft Grundschulpädagogik. In Deutschland herrscht Lehrkräftemangel, der sich noch vergrößern wird. Die Berliner Senatsverwaltung strebt mehr Lehramts-Absolvierende in Berlin an, 2.000 jährlich statt bisher 1.000. Dazu sollen Lehrkapazitäten umgeschichtet werden, Mono-Bachelor-Studienplätze sollen für Lehramtsstudierende bereitgestellt werden. Grundschulpädagogik wurde von 90 auf 400 Studienplätze erhöht. Es gibt zu wenig Dozierende in dem Bereich, daher sind die aktuellen Dozierenden überfordert und die Veranstaltungsräume sind überfüllt. Raumkapazitäten wurden bei der Erhöhung durch den Senat noch gar nicht berücksichtigt. Damit ist es im Moment nicht möglich, eine gute Lehramtsausbildung anzubieten.

Johannes (BuT): hier für die Fachschaft Lehramt. Im Bereich Lehramt gibt es eine Schwierigkeit dadurch, dass auch Landes-Gesetze zu beachten sind. Die Lehramts-Studiengänge sind nicht einheitlich konzipiert, Lehramtsstudierende sind oft nicht gut in den Fachschaften vertreten. Es gibt teilweise in den Naturwissenschaften die Anforderungen von Mono-Studiengängen auch an Lehramts-Studierende, so dass diese den Stoff nicht schaffen. Lehrveranstaltungen sind oft stark überfüllt. Das Lehrkräftebildungsgesetz des Landes regelt, wie die Lehramtsstudiengänge aufzubauen sind.

Nick (BuT): die Idee ist nun, eine SHK-Stelle mit 41 Stunden monatlich am RefRat einzurichten. Auf das Jahr gerechnet kostet das ca. 6.100 Euro plus Lohnkosten nach dem aktuellen Vorschlag der TV Stud-Verhandlung. Die Aufgaben sollen vor allem umfassen, Informationen zu sammeln und zu verbreiten, Vernetzungsangebote zu schaffen, da die Fachschaft Lehramt allein das nicht schafft, da die Studiengänge über die gesamte Universität verteilt sind. Es braucht Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, das Mandat für die politische Vertretung soll weiterhin beim RefRat und den Fachschaften liegen.

Jule (Referat Lehre und Studium): die Stelle würde auch das Referat entlasten, da es sehr schwierig ist, bei den vielen Lehramtsstudiengängen den Überblick zu behalten. Eine Expert\_in wäre da hilfreich. Es ist momentan zu beobachten, dass sämtliche Kombi-Studiengänge ohne Lehramtsbezug nun umgewidmet werden auf solche mit Lehramtsbezug, was die Freiheit der Wahl des Studiengangs (Freiheit der Berufswahl) stark einschränkt.

Johannes (BuT): zum Thema des Formats Stelle und dem Umfang. Eigentlich ist der Bedarf viel größer, aber im Moment ist noch nicht klar, was genau getan werden soll. Es soll nach spätestens 1,5 Jahren evaluiert und ggf. der Umfang erhöht werden.

Dominik (LHG): ist für den Antrag. Hat eine Frage zur vorgesehenen Empfehlung des RefRats nach ggf. nötiger Erhöhung, nach welchen Kriterien soll das ausgesprochen werden.

João (Finanzreferat): das wird durch das RefRat-Plenum beschlossen, der RefRat hat ja mehrere Stellen und es ist eine übliche Aufgabe, über so etwas zu beschließen.

- Abstimmung: sehr viele / 0 / 2. Antrag angenommen. -

*Das Studierendenparlament richtet eine am Referat für Lehre und Studium angegliederte SHK-Stelle (41h/Monat) „Sprecher\*in und Koordination Lehrkräftebildung“ nach dem dann gültigen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (mind. nach TV-Stud II) für zwei Jahre ab Besetzung der Stelle ein. Bei Bedarf, mindestens jedoch nach 18 Monaten ab Einrichtung, legt der RefRat dem Studierendenparlament eine Empfehlung über eine Aufstockung/Verlängerung der Stelle zur Abstimmung vor. Das Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren führt der RefRat unter Einbezug der angehängten Grundzüge der Stellenausschreibung und unter Beratung von Vertreter\*innen von Lehramts- und ggf. lehramtsbetroffenen Fachschaften durch.*

### **5.3 FS ReWi: Erstifahrt**

Kinan (Bafög-Liste): spreche für die Fachschaft Jura, die eingepflanzten Leute stecken im Zug fest. Es geht um die Erstifahrt der Fachschaft Jura im Wintersemester nach Ückermünde. Bei Fachschaftsfahrten gibt es viele Inhalte und auch Vorbereitung auf die Praxis im Bereich Jura. Studentische Initiativen wie der akj (Arbeitskreis kritischer Jura-Studierender) und die Refugee Law Clinix stellen sich vor. Die Fahrt kostet viel Geld, der wesentliche Beitrag wird aber aus dem Geld der Fachschaft finanziert. Im StuPa wird ein Zuschuss nur zu den Fahrtkosten beantragt. Aus eigener Erfahrung ist es eine tolle Fahrt, didaktisch und sozial.

Lille (PoS): fragt, wie die Erstifahrt in den vergangenen Jahren finanziert wurde. Viele Fachschaften machen Erstifahrten und schaffen es ja auch ohne StuPa-Zuschuss.

Kinan (Bafög-Liste): In einem der Jahre gab es zusätzliche Gelder von anderer Stelle.

João (Finanzreferat): hätte gern erklärt, warum genau die Finanzierung durch die Fachschaft nicht ausreicht. Die Jura-Fachschaft hat ein sehr großes jährliches Budget.

Max (StuPaProg): fragt, ob es nicht auch ohne extra Bus geht, dort fährt auch ein Regionalzug.

Fragt nach den Teilnahmebeiträgen.

Kinan (Bafög-Liste): In den letzten Jahren haben die Studierenden 50 bis 60 Euro selbst bezahlt.

Nick (BuT) : bittet um genaue Aufschlüsselung.

Kinan (Bafög-Liste): hat den Antrag nicht selbst geschrieben. Leider muss es heute beschlossen werden, da die nächste Sitzung erst nach der Fahrt ist.

Dominik (LHG): fragt nach den Leuten von der Fachschaft, denn wir brauchen mehr Details, wie das geplant wurde.

- Vertagung des TOPs auf später, wenn Vertreter\_innen der Jura-Fachschaft anwesend sind. -

- Fortsetzung des TOPs nach TOP 5.6 -

Vertreterin der Fachschaft ist jetzt anwesend.

Max (StuPaProg): fragt nach Beiträgen der Studierenden und den genauen Kosten, nach Begründung für Wahl des Busses statt Mitfahrgelegenheit oder Regionalzug.

Shari (FSR Jura): der FSR Jura hat auch andere studentische Initiativen wie den akj für eine Fahrt finanziell unterstützt, außerdem einen juristischen Fußballclub mit einer Fahrt, daher soll nun zusätzliches Geld im StuPa beantragt werden. Beiträge betragen ca. 100 Euro abzüglich Erstattung nach Zuschuss durch die Fachschaft. Die genaue Information haben andere, die gerade nicht hier sind.

Lille (PoS): der FSR muss selbst entscheiden, wofür er sein Geld verwendet, da kann das StuPa nichts ausbessern.

Shari (FSR Jura): es ging bei den unterstützten Projekten um wichtige Inhalte, der Bedarf nach zusätzlicher Finanzierung ergibt sich aus der Abrechnung des Vorjahres.

- Pause 22:42 – 22:49 -

Philipp (FSR Jura): bittet um weitere Fragen.

João (Finanzreferat): versteht nicht, warum es keine Beratung vorab beim Finanzreferat gegeben hat, und auch nicht, wie angesichts des Budgets des FSR nun ein Bedarf an Zuschuss durch das StuPa entstehen kann. Stattdessen könnte die Fahrt einfach so organisiert werden, dass die Anreise weniger kostet, damit sie sich an die finanzielle Situation anpasst. Es muss ein Finanzierungsplan mit dem Antrag nachgereicht werden. Eine Beratung beim Finanzreferat hätte viele der Fragen geklärt.

Philipp (FSR Jura): versteht die Fragen. Die Fahrt hat ein neues Konzept, es soll mehr Inhalte geben. Es ist schwierig, die Anreise direkt bis zur Unterkunft zu organisieren.

Max (StuPaProg): wiederholt die Fragen, spricht sich für mehr Eigenanteil aus, wenn es denn Bus sein soll.

Philipp (FSR Jura): es geht auch um Transport vor Ort.

Max (StuPaProg): hat kein Verständnis für hohe Kosten für Fahrt so weit weg. Es fährt ein Regio nach Ueckermünde.

Philipp (FSR Jura): es geht nicht um 20 Leute, sondern 120, denen ein gutes Programm geboten werden soll. Die Jugendherberge in Ueckermünde ist eine gute Wahl für so viele Leute.

- Nick (BuT): GO-Antrag Schließung der Redeliste. Gegenrede formal. Abstimmung: viele / 3 / wenige. Redeliste ist geschlossen.



Carla (OLKS): erkundigt sich, ob noch Geld vorhanden ist aus dem Budget.

Philipp (FSR Jura): mehrere Projekte haben bereits viel Geld gekostet. Es soll ja den Studierenden zu Gute kommen, daher so eine gut organisierte Fahrt.

David (StuPaProg): ruft dazu auf, sich als Fachschaften gegenseitig zu helfen und bei der Suche von günstigen Unterkünften zu helfen.

Philipp (FSR Jura): rechtfertigt die Wahl der Jugendherberge, die inzwischen bereits reserviert ist. Bei Fachschaftsfahrten ist es auch wichtig, dass die Leute in der Unterkunft tolerant sind bei so vielen Leuten, in dieser Jugendherberge gab es gute Erfahrungen.

- Abstimmung: 4 / viele / wenige. Antrag abgelehnt. -

Jakob (Präsidium): macht eine Anmerkung zur Antragstellung generell und bittet um bessere Vorbereitung, siehe Geschäftsordnung. Die Vorbereitung von Finanzanträgen mit dem Finanzreferat ist sinnvoll.

*Fortsetzung der Sitzung bei TOP 5.7.*

#### **5.4 Symposium Musik und Ästhetik**

Elizaveta: stellt den Antrag vor. Es gibt schon Finanzierung durch den RefRat, nun wird auch hier etwas beantragt. Es sollen damit Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit, Getränke und ein Sammelband zur Dokumentation bezahlt werden.

Nick (BuT): findet so ein Symposium toll, sieht die Kosten für den Sammelband nicht als notwendig. Stellt Änderungsantrag auf Reduzierung um 2.000 Euro.

Elizaveta: Es gibt auch Möglichkeiten, Dinge online zu veröffentlichen. Die Idee war, auch mal etwas als Druck zu veröffentlichen. Der Änderungsantrag wird aber nicht übernommen.

Lille (PoS): es soll Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden für 500 Euro, aber das Theater, in dem das stattfindet, hat nur wenige Plätze.

Elizaveta: hat Verständnis, aber Werbung muss gemacht werden.

Laura (Präsidium): informiert zum Verfahren, es müssen nicht alle in der Debatte genannten Vorschläge als Änderungsanträge behandelt oder gleich durch die Antragsteller\_innen übernommen werden.

Niklas (PoS): kennt sich mit dem Symposium nicht aus, sieht aber Notwendigkeit, konkret zu wissen, wofür die beantragten Gelder verwendet werden sollen. Wenn bereits Gelder im RefRat beantragt wurden, hätte auch der ganze Antrag im RefRat gestellt werden können.

Elizaveta: es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Finanzierung, daher waren wir zuerst im RefRat. Im StuPa kann auch Geld beantragt werden, daher beantragen wir das nun hier.

Dominik (LHG): es wurden ja Gelder schon im RefRat beantragt, nun wird noch mehr Geld im StuPa beantragt. Es könnten ja weitere Sponsoren gefunden werden.

Dominik (LHG): Wiederholt die Frage. Es sind ja beides Gelder der Studierendenschaft, im RefRat und im StuPa. Fragt, wie viel denn insgesamt benötigt wird.

Elizaveta: insgesamt geht es um 1.300 Euro im StuPa für Reisekosten.

David (StuPaProg): versteht die Begründungen für die beantragten Kosten. Spricht über Hochwertigkeit von wissenschaftlichen Beiträgen, deren Kosten beantragt werden, so dass die Beiträge mehr Beachtung findet und mehr Interesse findet.

- Abstimmung Änderungsantrag insgesamt 300 Euro: 6 / viele / wenige. Änderungsantrag abgelehnt. -

Änderungsantrag Kürzen von 500 Euro auf 200 Euro für Öffentlichkeitsarbeit wird übernommen.

Änderungsantrag Streichen von 2.000 Euro für Sammelband wird übernommen.

- Abstimmung Antrag mit insgesamt 1.250 Euro: sehr viele / 6 / 4. Antrag angenommen. -

„Das StuPa unterstützt das Symposium Musik und Ästhetik mit 1.250 Euro.“

### **5.5 RCDS: Beschluss gegen BDS-Bewegung**

David (RCDS): verliert den Antrag. Auch den Kultur-Senator von Berlin Klaus Lederer verurteilte damals den im Antrag genannten antisemitischen Vorfall.

Bafta (OLKS): der genannte Anlass ist bereits ein Jahr her, fragt nach dem konkreten Anlass für das StuPa genau jetzt, wobei ja der RefRat bereits zum Thema Antisemitismus arbeitet.

David (RCDS): fragt sich, warum bisher keine Stellungnahme der Studierendenschaft zu dem Thema kam. Bisher gab es keinen Auftritt von BDS an der HU, aber es sollte thematisiert werden.

Bengt (Jusos): die Jusos sprechen sich gegen jeden Antisemitismus und gegen die BDS-Bewegung aus. Wundert sich, warum dieser Antrag eingebracht wird von einer Person, die von Strippenziehern und Marionetten im StuPa spricht, und findet das ironisch. Damit der Antrag eine deutlichere Formulierung ausspricht, wird ein Änderungsantrag gestellt, der den Antrag komplett beinhaltet und ersetzt. Verliert den Änderungsantrag.

David (RCDS): freut sich über Unterstützung des Antrags. Möchte sich den Änderungsantrag noch einmal ansehen.

João (Liste LuSt): bevorzugt den Antrag von den Jusos. Es hat Gründe, warum BDS-Gruppen bisher nicht an der HU auftreten, nämlich weil der RefRat genau dazu arbeitet. Es ist verwunderlich, dass manche Listen einmal im Jahr im StuPa vorbeikommen, um Dinge anzusprechen, die kontinuierlich bereits im RefRat bearbeitet werden. Daher war es auch nicht nötig, im StuPa dazu einen Beschluss zu fassen. Es wurde gemeinsam mit der Universität zu dem Thema gesprochen. Es kann nicht zu jedem Thema eine Resolution im StuPa gemacht werden.

David (RCDS): wusste nicht, dass dazu schon gearbeitet wird, das ist gut. Es geht dann noch um bessere Kommunikation an die Studierenden. Öffentlichkeit legitimiert die Arbeit des RefRat.

Bafta (OLKS): es wäre ja möglich gewesen, die entsprechenden Referate vorher anzufragen. Die 16 Referate könnten natürlich jederzeit über jeden Schritt eine Resolution verfassen. In diesem Fall würde die Resolution aber keine faktische Arbeit gegen Antisemitismus darstellen. Fragt nach dem konkreten Anlass für den Text.

- Kim (PoS): GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 1 Minute. -

Katja (IYSSE) hält die Gegenrede: es wäre undemokratisch, jetzt nicht weiter darüber zu reden.

- Abstimmung: viele / 7 / 6. GO-Antrag angenommen, Redezeit begrenzt auf 1 Minute. -

Sven (IYSSE): findet es heuchlerisch, dass der RCDS sich gegen Antisemitismus ausspricht,

wobei die CDU rassistische Politik auf dem EU-Gipfel betreibt. Der RCDS unterstützt weiterhin Jörg Baberowski.

Martin (ÖffRef): noch mehr Öffentlichkeitsarbeit ist kaum möglich, z.B. wenn Raumanträge von BDS-Gruppen durch den RefRat abgelehnt werden, kann nicht jedes Mal eine Mail an alle geschrieben werden. Es gibt bereits mehr als genug Gruppen an der Uni, die in diesem Thema einmal untersucht werden sollten. Findet eine Kampagne gegen BDS an der HU sinnvoll.

Dominik (LHG): Kommunikation ist schon wichtig, wenn StuPa-Mitglieder von etwas nicht erfahren. Frage an die IYSSE, warum der Antrag undemokratisch wäre. Findet den Antrag gut, obwohl er vom RCDS kommt.

Katja (IYSSE): wiederholt den Punkt der IYSSE.

David (RCDS): würde sich gern über viele Sachen unterhalten. Der RCDS macht Hochschulpolitik und beschließt nichts beim EU-Gipfel. War von dem Vorfall überrascht und wollte etwas zum Thema tun.

*- Nick (BuT) GO-Antrag sofortige Abstimmung. Formale Gegenrede. Abstimmung GO-Antrag Abbruch der Debatte: viele / wenige / wenige. Debatte abgebrochen.*

*Der Änderungsantrag der Jusos wird von den Antragstellenden übernommen.*

*- Abstimmung des geänderten Antrags: viele / 3 / 7. Antrag angenommen. -*

*„Gegen jeden Antisemitismus – stoppt die BDS-Bewegung!“*

*Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität verurteilt die antisemitische BDS-Bewegung („Boycott, Deinvestment, Sanctions“) aufs Schärfste. Antisemitismus darf – egal in welcher Form – weder in unserer Gesellschaft, noch an den Hochschulen einen Platz haben.*

*Das Verfasste Studierendenschaft steht solidarisch zu Israel. Das Recht des Staates Israel auf Existenz und Selbstverteidigung ist nicht verhandelbar.*

*Gruppen, die bekannterweise die BDS-Bewegung unterstützen, entzieht die Verfasste Studierendenschaft jedwede Unterstützung. Dies bezieht sich auch auf die Vergabe von Räumen, finanziellen Mitteln und anderen Ressourcen.*

*Die BDS-Propaganda nahm „offiziell“ am 9. Juli 2005 ihre Arbeit auf, als ca. 170 Nichtregierungsorganisationen aus den palästinensischen Autonomiegebieten „alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt“ zum „Boycott, zu Deinvestitionen und Sanktionen“ gegen den Staat Israel aufriefen. Mit dem Boycott – dem grundlegenden Ziel der Kampagne – meint BDS jegliche Form des Boykottes des Staates Israel, insbesondere den Boycott israelischer Waren, Dienstleistungen und Produkte vor allem aus den von BDS als „besetzten Gebieten“ verstandenen Teilen wie der Westbank, Ost-Jerusalem und den Golanhöhen, aber auch den akademischen und kulturellen Boycott des Staates Israel. Dies knüpft nahtlos an antisemitische Boycott der vergangenen Jahrhunderte und explizit an die des Nationalsozialismus an: Die Nazi-Kampffparole „Kauft nicht bei Juden!“ findet durch BDS erneute Verwirklichung. Ferner*

*richtet BDS oftmals Boykott-Kampagnen gegen einzelne Jüd\*innen, indem etwa in ihrer Funktion als Chef\*innen von Unternehmen in den Vordergrund gestellt werden. Darin wird das antisemitische Motiv der\*des reichen und mächtigen Jüdin\*Juden, die\*den es zu bekämpfen gälte, zum Ausdruck gebracht.*

*Die ihrer antisemitischen Logik folgenden Ziele der BDS-Kampagne führen dabei keineswegs zu einem Frieden im Nahen Osten, sondern verstärken die Konflikte zwischen palästinensischen Gruppen und Israel.*

*Das Studierendenparlament lehnt die Ziele der antisemitischen BDS-Kampagne daher entschieden ab.*

*Das Studierendenparlament verurteilt ferner die Handlungen von BDS-unterstützenden Gruppen an Hochschulen im Allgemeinen und an der Humboldt-Universität im Besonderen. Das StuPa ist nach wie vor bestürzt über den Vorfall am 26. Juni 2017 in den Räumlichkeiten der HU, bei dem die Knesset-Abgeordnete Aliza Lavie und die Holocaust-Überlebende D'vorah Weinstein durch Aktivist\*innen von BDS niedergeschrien wurde.*

*Die Verfasste Studierendenschaft an der HU in Gestalt des Referent\*innenrates wird weiterhin nach seinen Möglichkeiten aktiv über Handlungen und Ideologie von BDS-Gliederungen, BDS-unterstützenden Gruppen und andere antisemitische Gruppen an der HU aufklären. Deshalb wird die Verfasste Studierendenschaft innerhalb eines Jahres eine Veranstaltung mit informativem Charakter in Bezug auf BDS ausrichten und finanzieren.*

*Das StuPa der HU begrüßt die Beschlüsse der Studierendenparlamente bzw. -räte an u. a. der Universität Duisburg-Essen, der Goethe-Universität Frankfurt, der Universität Hamburg, der Universität Heidelberg, der Universität Leipzig und der Universität Mainz gegen die BDS-Bewegung.*

*Gegen jeden Antisemitismus! Lang lebe Israel!“*

## **5.6 B&B für alle: Semtix VBB-Gesamtnetz**

Kinan (BAföG-Liste): stellt den Antrag vor. Der derzeitige Semesterticketvertrag läuft bis Sommersemester 2019. Es wird angestrebt, dass es für Berliner Unis ein Semesterticket für gesamt Brandenburg ohne zusätzliche Kosten gibt. Alternativ soll Brandenburg als Option mit nur dann anfallenden Kosten gewählt werden können. Umziehen nach Brandenburg könnte die Stimmen für die AfD senken. Mehr Reisen von Studierenden nach Brandenburg könnten die strukturschwache Region stärken. Der VBB argumentiert für die im Vergleich mit den Preisen für das Semtix an Brandenburger Unis hohen Preise des Berliner Semtix mit den hohen Kosten der Berliner Verkehrsbetriebe, aber auch Brandenburger Studierende nutzen Berliner Verkehrsmittel

Tobi (LiLi): hat 2008 mal einen Semesterticketvertrag unterschrieben. Alle genannten Punkte aus dem Antrag vertreten wir als RefRat seit langer Zeit genau so in Person der jeweils zuständigen Semesterticket-Verhandlungsbeauftragten. Nebenbei ist die Formulierung im Antrag nah an den

damals vertretenen Positionen. Versteht daher nicht, warum jetzt das StuPa einen Beschluss dazu fassen soll, wobei doch schon längst dessen Inhalte vertreten werden. Die Seite des RefRat semtix.de enthält viele Informationen zum Thema. Hält den Antrag für ein taktisches Manöver im Wahlkampf der BaföG-Liste und verweist auf seine WG, in der mehrere Leute mal etwas mit dem Semesterticket zu tun hatten.

Kinan (BaföG-Liste): bedankt sich für die Arbeit. Es ließe sich alles als Wahlkampf bezeichnen, sieht das hier nicht. Es schadet ja nicht, richtige Positionen mehrmals zu vertreten, das spricht nicht gegen den Antrag.

Bafta (OLKS): fragt, ob die BaföG-Liste versprechen könnte, den Antrag nicht im Wahlkampf zu verwenden.

OL „Ohne Liste“ (Gast): sieht im Antrag keine vorhandene Begründung, sich in die Verhandlungen zu begeben.

Kinan (BaföG-Liste): antwortet darauf.

Johannes (BuT): hat Verständnis dafür, dass Leute kritisieren, wenn andere die bereits schon durchgeführte Arbeit auch in Form eines Antrags weiterführen.

- Johannes (BuT): GO-Antrag sofortige Abstimmung. Formale Gegenrede. Abstimmung: viele / wenige / wenige.

- Abstimmung: viele / wenige / wenige. Antrag angenommen. -

*„Das StuPa fordert die Ausweitung des Geltungsbereichs des Semestertickets auf das VBB-Gesamtnetz (Berlin und Brandenburg) ohne eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für die Studierenden.“*

*Das Referat für Ökologie und Umweltschutz, sowie jegliche an den Verhandlungen beteiligte Referate und Personen werden deswegen aufgefordert, bei der Verhandlung des neuen Semesterticketvertrags, der ab dem Wintersemester 2019 / 20 gelten soll, auf eine solche Vereinbarung hinauszuarbeiten.*

*Sollte ein solches Semesterticket nicht ohne signifikante Preiserhöhung zu realisieren sein, so soll jedenfalls ersatzweise die Möglichkeit einer freiwillig und separat zu erwerbenden Ergänzungskarte vereinbart werden, die die Geltung des Semestertickets auf Brandenburg erweitert. Die Kosten einer solchen Ergänzungskarte pro Semester sollen dabei 40 % der Kosten für das „Basissemesterticket“ nicht übersteigen.“*

- Kinan (Bafög): GO-Antrag auf Wiederaufnahme des TOP 5.3. Formale Gegenrede. Abstimmung: viele / wenige / weniger. Fortsetzung TOP 5.3. -

## **5.7 Öffref: studkal**

Martin (Öffref) stellt den Antrag vor. Andere Druckereien als die ausgewählte wurden angefragt und recherchiert, die gewählte hat sich als sehr passend erwiesen.

Dominik (LHG): findet den StudKal gut und fragt nach Änderungen in den Inhalten.

Martin (Öffref): die Texte und Informationen werden selbstverständlich aktualisiert.

Kinan (BaföG-Liste): fragt danach, wo der Kalender zu finden ist.

Martin (Öffref): Der Kalender wird gemeinsam mit dem Beutel in den ersten Wochen des

Wintersemesters über die Fachschaften überall verteilt. Der Kalender selbst wird überall ausgelegt und ist in großer Anzahl im RefRat bereit zum Abholen.

Johannes (BuT): unterstützt das Präsidium in der Anmerkung zur guten Vorbereitung des Antrags. Findet den Kalender gut. Fragt nach Begründung für Textsatz und Reduzierung der Stückzahl.

Martin (Öffref): wertschätzt ebenso das StuPa. Im RefRat sind circa 400 nicht verteilte Kalender und in den Fachschaften liegen sicher noch viele herum, so dass durch Reduzierung um 1000 kein Schaden entsteht. Textsatz lässt sich leider nicht recyceln, es muss alles vor dem Druck neu geprüft werden.

- *Redeliste geschlossen wegen Quotierung. David (StuPaProg) Antrag auf Öffnung der Redeliste. Gegenrede formal. Abstimmung: 13 / 21 / 8. Redeliste nicht wieder geöffnet.*
- *Abstimmung: 25 / 4 / 15. Antrag angenommen. -*

*„Das StuPa der HU beschließt hiermit die Finanzierung des Stud\_kals für 2018/2019 in Höhe von maximal 7.500,- Euro.“*

### **5.8 StuPa Progressiv, PoS, LHG: Adlershof**

Max (StuPaProg): stellt den Antrag vor. In Adlershof studiert ein Sechstel der Studierenden und der Ort sollte gewürdigt werden. Die vergangene Sitzung in Adlershof war gut besucht.

Laura (Präsidium): findet es schade, dass nicht vorher mit dem Präsidium gesprochen wurde. Es wäre nett gewesen, das vorher abzustimmen. Sitzung in Adlershof bedeutet, dass nach der Sitzung das Präsidium wieder nach Mitte fahren muss, um die Unterlagen dort zurückzubringen. Das ist viel privater Aufwand. Die Sitzung kann in Adlershof nicht vorbereitet werden, weil dort kein Zugriff auf die Datenbank des Präsidiums möglich ist.

Kim (PoS): hat einmal eine Email geschrieben. Hat Verständnis für den Mehraufwand. Es ließe sich ein Auto des Fuhrparks der HU ausleihen.

*- Nick (BuT) GO-Antrag Schließung der Redeliste. -*

Niklas (LHG) hält die Gegenrede. Der Antrag ist der letzte und es wäre schön, wenn der Antrag besprochen wird. Muss morgen selbst früh arbeiten.

*- Abstimmung GO-Antrag: 5 / viele / wenige. GO-Antrag abgelehnt. -*

Feline (StuKi): spricht sich als Referentin für Studierende mit Kind(ern) dagegen aus, da nur in Mitte eine Betreuungsmöglichkeit an der HU für Studierende gibt. Es ist ein langer Weg mit langer Fahrzeit nach Adlershof. Bittet im Sinne der Familienfreundlichkeit, den Antrag nicht anzunehmen.

Dominik (LHG): fragt nach den genauen Daten, auf die in Adlershof nicht zugegriffen werden. Bietet Hilfe an, Dinge zu schleppen. Es gibt auch Leute, die in Adlershof wohnen.

Laura (Präsidium): die Sitzung wird vorbereitet, dazu wird ein Kopierer benötigt und die Daten mit den personenbezogenen Daten können nicht einfach so mitgenommen werden.

Max (StuPaProg): fragt nach der Höhe des Aufwands.

*- Kim (PoS): GO-Antrag Begrenzung der Redezeit. Gegenrede. Abstimmung 15 / wenige / 19. Antrag abgelehnt. -*

Jakob (Präsidium): längerer Beitrag zum technischen und organisatorischen Aufwand der Vorbereitung der letzten Sitzung am 21.06., hat sich selbst schon seit langer Zeit darum bemüht, eine Sitzung in Adlershof zu machen. Menschen, die Kinder betreuen, haben einen noch höheren Aufwand, nach der Sitzung von Adlershof statt Mitte nach Hause zu fahren. Es ist aber offensichtlich kein grundsätzliches Problem, als Präsidium eine Sitzung in Adlershof vorzubereiten, denn wir haben es ja bereits gemacht. Es muss abgewogen werden, ob es den durchaus vorhandenen großen Aufwand lohnt.

Max (StuPaProg): ist beeindruckt. Es geht um die Studierenden in Adlershof, die dann auch mal zu Gast in die Sitzung kommen können. Manche Vorteile für eine Sitzung in Adlershof überwiegen.

Niklas (PoS): sieht das Problem der Kinderbetreuung. Schlägt ein festes Ende der Sitzung in Adlershof z.B. um 23 Uhr vor. Änderungsantrag in „eine Sitzung“ statt „erste Sitzung“. Es könnte mehr Erstsemester dazu bringen, das StuPa zu besuchen, wenn die Sitzung nahe der Wahl ist.

Feline (StuKi): erläutert die Situation mit der möglichen Erstattung von Betreuungskosten (BEO). Könnte wegen Kind selbst nicht bei einer Sitzung in Adlershof anwesend sein.

João (Finanzreferat): die BEO ist unfair, das ist kein toller Ersatz. Von Mitte aus kommen alle gut nach Hause, von Adlershof nicht. Es ist noch weniger familienfreundlich, in Adlershof zu tagen. Spricht sich gegen den Antrag aus und für eine gute Planung gemeinsam mit dem Präsidium vorab, zum Beispiel während der vorlesungsfreien Zeit.

Dominik (LHG): es wurde beschrieben, dass es schwierig sei, die Sitzung vorzubereiten. Hat Verständnis, dass Mehraufwand anstrengend ist. Findet die Datenschutzfrage interessant. Es können keine so wertvollen Daten dort sein. Arbeitet selbst im Bundestag und kopiert sich Daten auf private Geräte. Es sollte klar gesagt werden, wenn keine Motivation da ist. Politik ist ohnehin nicht familienfreundlich, es könnte auch eine Sitzung mit weniger Präsidiumsmitgliedern stattfinden.

- Lille (PoS): *GO-Antrag sofortige Abstimmung.* -

Constantin (LGV) hält die Gegenrede. Es wurden noch nicht alle Argumente genannt.

- *Abstimmung GO-Antrag: 18 / 22 / wenige. Antrag abgelehnt.* -

Bafta (OLKS): es sind personenbezogene Daten vorhanden, die laut Gesetz geschützt werden müssen. Findet das Argument Bundestag bedenklich. Hat kein Verständnis dafür, so offen über Bedürfnisse mancher Leute hinwegzusehen.

- Johannes (BuT): *GO-Antrag Schließung der Redeliste.* -

Dominik (LHG) hält die Gegenrede. Es gibt ja vielleicht noch Klärungsbedarf aus den folgenden Beiträgen.

- *Abstimmung: viele / wenige / wenige. Redeliste ist geschlossen.* -

- Johannes (BuT): *GO-Antrag Begrenzung Redezeit auf 3 Minuten. Formale Gegenrede.*

*Abstimmung: viele / wenige / wenige. Redezeit begrenzt auf 3 Minuten.* -

Kim (PoS): denkt, dass der Großteil im StuPa Linke sind, die Bedürfnisse anderer berücksichtigen.

Tobi (LiLi): fragt nach der Anzahl der Anwesenden in Mitte vs. Adlershof am 21.06., in Mitte

über 50, in Adlershof ca. 35. Das zeigt, dass in Adlershof weniger waren.

Max (StuPaProg): bei der Sitzung in Adlershof gab es nicht so relevante Punkte.

Jakob (Präsidium): Datenschutz ist in geltendes Recht, da muss sich das Präsidium dran halten. Es ist nicht so, dass die Sitzung vorzubereiten nicht möglich ist, aber es ist mehr Aufwand und für manche ist es schwierig, an einer Sitzung in Adlershof teilzunehmen. Geografisch ist es so, dass Mitte besser gelegen ist.

Dominik (LHG): wollte nicht zur Veruntreuung von Daten ermuntern.

Max (StuPaProg): glaubt, dass es trotzdem machbar ist.

Constantin (LGV): glaubt, dass es um die faire Verteilung des Arbeitsaufwandes geht. Es ist ja nicht so, dass die beschlossenen Anträge einfach so von allein umgesetzt werden, sondern das müssen Leute machen. Schläge vor, dass die Antrag stellenden Listen eine Person entsenden, um die Sitzung zu planen. Problem der Kinderbetreuung bleibt, schlägt Anpassung der Ordnung vor, so dass der zu erstattende Betrag für Kinderbetreuung bei Sitzungen in Adlershof steigt.

Dominik (LHG): schlägt Erstattung von Taxifahrten vor und bietet Hilfe an.

Max (StuPaProg): findet es gut, wenn Leute das Präsidium unterstützen.

Constantin (LGV): stellt Änderungsantrag zur Entsendung von Leuten, die bei der Planung der Sitzung helfen.

*Der Änderungsantrag von Niklas (PoS) wird übernommen: „eine“ statt „erste“ Sitzung in Adlershof, zusätzlich Beauftragte der Antragstellenden.*

*- Abstimmung des so geänderten Antrags: 21 / 17 / 1. Antrag angenommen. -*

*Das StuPa beschließt den Campus Adlershof als Sitzungsort einer Sitzung des 26. StuPa im Wintersemester 2018/19. Jede antragstellende Liste stellt eine/n Beauftragte/n bereit, die sich in Absprache mit dem Präsidium um die Umsetzung des Beschlusses kümmert.*

*Mit der Umsetzung wird das Präsidium beauftragt.*

## **5.9 LHG: Streikschlichtung**

Zurückgezogen.

## **5.10 Öffref et al: Institut Islamische Theologie**

*(besprochen nach TOP 5.1)*

Martin (LiLi): stellt den Antrag vor. Im Akademischen Senat soll im Schnelldurchlauf das Institut für Islamische Theologie eingerichtet werden. Im Beirat sollen Verbände sitzen, die konservative muslimische Gruppen vertreten. Die Studierenden im AS bemühen sich bereits, aber auch im StuPa sollten wir verhindern, dass die HU reaktionäre Politik unterstützt.

*- Abstimmung: viele / 0 / 5. Antrag angenommen -*

*„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin spricht sich gegen die Einrichtung des Institutes für Islamische Theologie, so wie sie aktuell geplant ist, aus. Ein Institut, an dessen Gründung reaktionär-konservative Islamverbände beteiligt sind, in diesem Falle sogar ausschließlich, ist inakzeptabel, besonders an einer Universität, die „sich gegen jede Form von Diskriminierung, Intoleranz und kultureller Selbstüberhöhung*



*[wendet]“ und der „[d]ie Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Gesellschaft [...] ein vorrangiges hochschulpolitisches und praktisches Anliegen [ist]“.*

*(Aus dem Leitbild der Humboldt-Universität zu Berlin: <https://www.hu-berlin.de/de/ueberblick/humboldt-universitaet-zu-berlin/leitbild> )*

*Das Studierendenparlament erklärt sich darüber hinaus solidarisch mit den studentischen Vertreter\_innen in der akademischen Selbstverwaltung und schließt sich ihrer Kritik an der Ausgestaltung des Institutes an. Zudem fordert es die Humboldt-Universität auf, das Statusgruppenveto der studentischen Vertreter\_innen im Akademischen Senat anzuerkennen.“*

## **6 Sonstiges**

João (Finanzreferat): Ergänzung zum TOP Semesterticket, dass die BAföG-Liste falsche Behauptungen im Wahlkampf verbreitet hat, dass die Studierendenschaft sich nicht um das Semesterticket kümmern würde.

Für die Richtigkeit: Das Präsidium.

Darstellung der Ergebnisse: Ja / Nein / Enthaltungen (/ Ungültige)

Protokoll der Diskussionen teilweise gekürzt.

Ende: 00:23 Uhr.